Vorkämpfer für die Integration

Ueli Leuenberger, 54, Nationalrat und Co-Präsident der Grünen Schweiz, präsentierte im Dezember seinen Massnahmenkatalog, um ethnische Minderheiten in der Schweiz besser zu integrieren. Einer seiner Vorschläge schreckte die Polizeiwelt auf: In den Polizeikorps soll es künftig albanischstämmige Polizisten geben. «protect-it» hat den Spezialisten für Balkanfragen in Lausanne zu einem ausführlichen Gespräch getroffen.

Ist Ihr Vorschlag ernst zu nehmen, oder wollen Sie nur eine Diskussion anregen?

Ueli Leuenberger: Ich meine es wirklich ernst mit meinem Vorschlag. Jeder Polizeikommandant oder -direktor kann nur gewinnen, wenn er Angehörige ethnischer Minderheiten in seinen Bestand integriert. Im Kanton Genf habe ich festgestellt, dass die Polizei nicht repräsentativ für die städtische Bevölkerung ist. Polizisten können nur in einem Reservoir von weniger als 4000 Leuten erhoben werden, das ist viel zu wenig, um Qualität und Repräsentativität zu garantieren. Es drängt sich also auf, das Rekrutierungsbassin zu erweitern, mit Frauen und hier wohnhaften Ausländern. Zudem gibt es in unseren Städten Problemgruppen, die oftmals aus Ausländern bestehen. Es ist kein Geheimnis, dass heute in der Schweiz der Heroinmarkt von einer albanischen Kriminellenminderheit beherrscht wird. Es kann also nur die Fahndung vereinfachen, wenn in der Polizei Angehörige dieser Volksgruppe integriert werden, da sie die Kultur, die Sprache und die Beziehungsnetze dieser Leute kennen. Übrigens machen andere Länder schon lange sehr gute Erfahrungen mit dieser Idee, wie die deutsche Polizei, die zum Beispiel Türken integriert. Dies fördert auch innerhalb des Polizeikorps das Verständnis für andere und ermöglicht daher ein besseres Umsetzen von Community Policing.

Glauben Sie, Schweizer lassen sich von einem Ausländer kontrollieren?

Das ist ein falscher Ansatz! Zum Ersten muss man sich fragen, ob Schweizer ein Problem mit anderen Ethnien haben. Es gibt in der Schweiz viele eingebürgerte Albaner oder Kosovaren, wie es auch viele Schweizer mit dunkler Hautfarbe gibt. Was wir viel zu wenig berücksichtigen, sind die Statistiken. In der Schweiz leben heute 385 000 Leute aus Ex-Jugoslawien mit B- oder C-Arbeitsbewilligungen. Von zehn Kosovo-Albanern lebt einer in der Schweiz! 180 000 sind Jugendliche unter 18 Jahren, und darunter hat es viele, die grosses Interesse am Polizeiberuf zeigen. Unsere Migrationspolitik hat dazu beigetragen, dass die Integration und der Familienzusammenschluss künstlich erschwert wurden, quasi als Abschreckungsmittel. Wir tragen jetzt die Konsequenz dieser Politik. Es gilt, die gesamte Geschichte der Migration der Balkanbevölkerungen zu betrachten. Schon 1965 sind Gastarbeiter aus dem damaligen Jugoslawien in die Schweiz gekommen, nicht Flüchtlinge. Später sind ihre Familien nachgezogen. In den Jahren 88 bis 90 sind dann Flüchtlinge, mit diversen Beweggründen, in die Schweiz eingereist und haben den Anschluss zu den etablierten Familien gesucht. Da man aber bewusst diese Zusammenschlüsse verhindern wollte, hat man Migrantengruppen gebildet, die wegen mangelnder Betreuung zu Problemgruppen wurden. Genau diese Problemkreise können albanische Polizisten in der Schweiz bearbeiten und lösen. Der auffällige Bestand krimineller Albaner ist zwar für alle spürbar, aber es ist nur eine verschwindend kleine Minderheit, die straffällig wird. Wir brauchen eine effiziente und gezielte Integrationsstrategie.

Wollen Sie ein Gesetz vorlegen, das diesen Vorschlag rechtskräftig machen wird?

Das könnte schwierig sein, da die Kantone die Polizeikompetenz ausüben. Aber man sollte prüfen, ob sich im Rahmen der «einheitlichen Strafprozessordnung», die auf Bundesebene in Vorbereitung ist, diese Ideen in sinnvoller Weise integrieren liessen. Wichtig ist aber grundsätzlich, dass auf kantonaler Ebene die Erkenntnis reift, dass die Integration von Schweizern aus anderen Kulturen und Ländern eine neue Chance für unsere Polizei und Sicherheit darstellt.

Christophe Peisl